

## **Aufwandsentschädigungssatzung**

Auf der Grundlage der §§ 5, 30 und 37 Abs. 4 und 5 der Gemeindeordnung (GO) für das Land Brandenburg in der Bekanntmachung der Neufassung vom 10.10.2001 (GVBl, Teil I, S. 154) hat die Gemeindevertretung der Gemeinde Schöneberg in ihrer Sitzung am 17.04.2002 folgende Aufwandsentschädigungssatzung beschlossen:

### **§ 1**

- (1) Die Mitglieder der Gemeindevertretung und Ortsbürgermeister erhalten zur Abgeltung der notwendigen baren Auslagen und der sonstigen persönlichen Aufwendungen, die mit der Wahrnehmung ihres Ehrenamtes verbunden sind, eine Aufwandsentschädigung.
- (2) Sachkundige Einwohner, die zu beratenden Mitgliedern in Ausschüssen berufen sind, erhalten ein Sitzungsgeld.
- (3) Wird das Ehrenamt für einen Zeitraum von mehr als drei Monaten nicht ausgeübt, wird für die über drei Monate hinausgehende Zeit keine Aufwandsentschädigung gezahlt.

### **§ 2**

- (1) Die Aufwandsentschädigung an Mitglieder der Gemeindevertretung wird in Form einer monatlichen Pauschale von 50 € und eines Sitzungsgeldes gewährt, das für die Teilnahme an einer Sitzung der Gemeindevertretung 13 € beträgt.
- (2) Den Ortsbürgermeistern wird eine monatliche Aufwandsentschädigung in folgender Höhe gewährt:

Ortsbürgermeister des Ortsteiles Felchow:	175 €
Ortsbürgermeister des Ortsteiles Flemisdorf:	175 €
Ortsbürgermeister des Ortsteiles Schöneberg :	175 €.

Diese Aufwandsentschädigung wird nur gewährt, wenn der Ortsbürgermeister nicht gleichzeitig ehrenamtlicher Bürgermeister ist.
- (3) Den Ortsbürgermeistern wird für die Teilnahme an den Sitzungen der Gemeindevertretung ein Sitzungsgeld in Höhe von 13 € gewährt, wenn die Teilnahme im Rahmen ihrer Zuständigkeit erfolgt und nicht bereits Sitzungsgeld als Gemeindevertreter gewährt wird.
- (4) Sachkundigen Einwohnern, die nicht Bedienstete der Gemeinde sind, wird für die Teilnahme an Sitzungen der Gemeindevertretung oder eines Ausschusses ein Sitzungsgeld in Höhe von 13 € gewährt.
- (5) Der ehrenamtliche Bürgermeister erhält zusätzlich eine monatliche Aufwandsentschädigung von 450 €.
- (6) Einem Stellvertreter des ehrenamtlichen Bürgermeisters wird für die Dauer der Vertretung 50 v.H. der Aufwandsentschädigung des Vertretenen gewährt.

Die Aufwandsentschädigung des Vertretenen ist entsprechend zu kürzen.  
Ist die Funktion nicht besetzt und wird sie daher von dem Stellvertreter in vollem Umfang wahrgenommen, so wird dem Stellvertreter für die Dauer der Wahrnehmung der Aufgaben die ungekürzte Aufwandsentschädigung gewährt.

### § 3

- (1) Sitzungsgelder werden für die Teilnahme an Sitzungen der Gemeindevertretung gezahlt.
- (2) Ausschussmitglieder erhalten Sitzungsgeld für die Teilnahme an Sitzungen der Ausschüsse, in die sie gewählt sind.
- (3) Ausschussvorsitzenden oder deren Vertretern wird für jede von ihnen geleitete Sitzung ein Sitzungsgeld in doppelter Höhe gewährt, sofern sie nicht schon eine zusätzliche Aufwandsentschädigung nach § 2 Abs. 2, 5 oder 6 erhalten.
- (4) Für mehrere Sitzungen an einem Tag wird nur ein Sitzungsgeld gezahlt.
- (5) Sitzungsgelder und Tagegelder aufgrund reisekostenrechtlicher Bestimmungen werden nicht nebeneinander gewährt.

### § 4

- (1) Neben der Aufwandsentschädigung und dem Sitzungsgeld wird Verdienstaussfall auf Antrag und gegen Nachweis erstattet; Selbständige und freiberuflich Tätige müssen den Verdienstaussfall glaubhaft machen.
- (2) Zur Betreuung von Kindern bis zum vollendeten zehnten Lebensjahr wird für die Dauer der mandatsbedingten notwendigen Abwesenheit eine Entschädigung gegen Nachweis gewährt, wenn die Übernahme der Betreuung durch einen Personensorgeberechtigten während dieser Zeit nicht möglich ist.
- (3) Der Verdienstaussfall wird monatlich auf 35 Stunden und täglich auf 8 Stundensätze begrenzt.
- (4) Der Höchstbetrag für jede nachgewiesene bzw. glaubhaft gemachte Stunde Verdienstaussfall beträgt

für Arbeitnehmer:	15 €	
für Selbständige und freiberuflich Tätige:	20 €	und
für Kinderbetreuung:	13 €.	
- (5) Der Anspruch auf Verdienstaussfall ist nach Erreichen der Regelaltersgrenze ausgeschlossen, wenn keine auf Erwerb ausgerichtete Tätigkeit wahrgenommen wird.

## § 5

- (1) Für Dienstreisen ist eine Reisekostenvergütung nach den Bestimmungen des Bundesreisekostengesetzes zu gewähren. Bei der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel sind die für den Amtsdirektor geltenden Regelungen maßgebend.
- (2) Eine Reisekostenvergütung wird nur für Dienstreisen gewährt, die von der Gemeindevertretung angeordnet oder genehmigt wurden.
- (3) Fahrten zu Sitzungen von Gremien der Gebietskörperschaft sind keine Dienstreisen im Sinne des Absatzes 1.  
Eine Erstattung der Kosten für diese Fahrten wird gewährt, wenn die Grenzen des Wohnortes überschritten werden. Als Wohnort der Gemeinde gilt das gesamte Gemeindegebiet, einschließlich der Ortsteile.  
Bei der Berechnung der Fahrtkosten werden die Sätze des § 6 Absatz 1 des Bundesreisekostengesetzes in der jeweils geltenden Fassung zugrunde gelegt.

## § 6

Die Aufwandsentschädigung und das Sitzungsgeld werden nachträglich in den Monaten April, Juli, Oktober und Dezember jeweils für das zurückliegende Quartal auf das Konto des Anspruchsberechtigten gezahlt.

## § 7

Die Aufwandsentschädigungssatzung tritt rückwirkend ab dem 01. Januar 2002 in Kraft. Mit dem gleichen Tage treten die Aufwandsentschädigungssatzungen und deren Änderungen der ehemals selbständigen Gemeinde Schöneberg vom 29.09.1994, der ehemals selbständigen Gemeinde Felchow vom 26.04.1994 und der ehemals selbständigen Gemeinde Flemsdorf vom 06.07.1994 außer Kraft.

Schöneberg, den 24.04.02

Vorsitzender der Gemeindevertretung  
Manfred Schroeder

Amtsdirektor  
Detlef Krause